

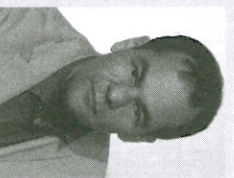
Islam und Demokratie

Warum der Säkularismus noch warten muss

Kai Häfez

Parteien, Islam, Militär

Können Araber Demokratie? Vor den jüngsten Umbrüchen zweifelten viele im Westen daran. Die islamische, insbesondere arabische Welt galt als demokratiereisistent. Die Veränderungen führten zwar zum Sturz der alten autoritären Systeme, der Ruf nach einem „islamischen Staat“ hingegen spielte keine Rolle. Der Autor führt aus, warum Demokratie und Säkularismus nicht bruchlos und zeitgleich eingeführt werden können.



Prof. Dr. Kai Häfez
geb. 1964, Lehrstuhl für
vergleichende Medien-
systemforschung
Universität Erfurt,
kai.hafez@uni-erfurt.de

Die westliche Öffentlichkeit begann angesichts der Bilder von Gewalttätigkeit und offensichtlich für Freiheit kämpfenden Arabern auf dem Tahrir-Platz in Kairo an eine gemeinsame arabisch-westliche Moderne zu glauben. Mehr noch: Die arabischen Revolutionen wurden zum Leitbild für neue Bewegungen des zivilen Widerstandes in den alten Demokratien des Westens, die unter Strukturkrisen und wachsender sozialer Kluft leiden. Doch seit den ersten freien Wahlen in Tunesien und Ägypten ebbt die Begeisterung in der westlichen Welt wieder ab. Der Stein des Anstoßes ist, dass in beiden Ländern islamistische Parteien den Sieg davongetragen haben. Auch in den Reihen der kämpfenden sozialen und politischen Bewegungen in den arabischen Ländern selbst gibt es erste Frustrationen: Hat man für die Befreiung vom Autoritarismus gekämpft, nur um zusehen zu müssen, wie islamistische Parteien und Erzkraftionäre wie die Muslimbrüder oder gar die ägyptischen Salafiten, in deren Reihen es nicht nur Vertreter eines generellen Alkoholverbots, sondern auch eines „iranischen“ Schleierzwangs gibt, die Revolutionen für die Freiheit in – so hätte Alexis de Tocqueville es ausgedrückt – Gesinnungsdiktaturen der Mehrheit verwandeln?

In den vergangenen Monaten ist deutlich geworden, dass Demokratie und Säkularismus – die Gleichbehandlung der Religionen vor dem Gesetz und „Trennung von Staat und Religion“ zumindest dort, wo individuelle Freiheitsrechte tangiert werden – in den vom Autoritarismus befreiten arabischen Staaten nicht bruchlos und zeitgleich eingeführt werden.

Gerade in Ägypten gibt es kleine islamische Parteien wie die Wasat-Partei, die den Säkularismus befürworten, wenigstens nicht in der radikalen laizistischen, sondern eher in der korporatistisch-moderaten Variante Englands oder Deutschlands, wo Staat, Kirchen und Religionsgruppen vielfältige Berührungen haben. Diese Strömungen sind aber noch zu schwach im Vergleich mit den dominierenden Muslimbrüdern und Salafiten. Von Ersteren ist bekannt, dass sie zwar die Demokratie mit ihren Grundforderungen der Wahl-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit befürworten, nicht aber den Säkularismus einer rechtlichen Gleichstellung von Religionen und Geschlechtern.

Können Araber Demokratie?

Bedeutet Vorstellungen einer „islamischen Demokratie“ nach dem Modell der Muslimbrüder das Ende einer „wirklichen“ Demokratie in der arabischen Welt und eine endgültige Absage an den Säkularismus, der, wie in westlichen Demokratien der Fall, individuelle Freiheitsrechte auch gegenüber dem Mehrheitswillen schützt? Hat der Westen in seiner Euphorie über die Revolutionen den islamischen Faktor vergessen und muss nun reumütig zum Exzeptionalismus einer Betrachtung der Region zurückkehren, von der man lange glaubte, sie sei nicht demokratiefähig? Mit großer Wahrscheinlichkeit muss er das nicht, sondern die Beobachter der arabischen Entwicklungen sollten sich hüten, in eine „zweite Falle des Exzeptionalismus“ zu tappen, die lautet: „Vielleicht können Araber Demokratie, aber die westliche Form der liberalen Demokratie können sie sicher nicht.“ Dabei würde übersehen: Der Ruf nach einer „islamischen Demokratie“ scheint unbedeutende Konsequenzen haben zu können, wobei in für heutige westliche Gesellschaften kaum akzeptabler Art und Weise in die private Lebensführung eingegriffen werden könnte. Islamisierte Demokratien erfüllen aber für die arabischen Entwicklungsgesellschaften einen rational nachvollziehbaren Zweck und sind keineswegs einfach ein Widerhall einer fanatischen Religionskultur. Anders ausgedrückt: Es gibt gute Gründe, warum viele Menschen – Männer wie Frauen – derzeit islamische Parteien wählen und sich zunächst für die „kleine Freiheit“ einer zwar nicht-autoritären, aber religiös-kommunitaristischen Demokratie entscheiden.

Nicht mit und nicht ohne Ägyptens Militär

Islamistische Parteien gehen derzeit siegreich aus den Parlamentswahlen in Ländern wie Tunesien und Ägypten hervor. Ein Trend zeichnet sich ab, der in naher Zukunft auch in anderen arabischen Ländern wie in Libyen, möglicherweise auch bald in Jemen und Syrien, zu beobachten sein wird. Islamistische Parteien gewinnen Mehrheiten und sorgen für eine islamische Färbung der jungen Demokratien. Über die politischen Ziele der kleinen Parteien wie den Salafisten Ägyptens lässt sich noch wenig sagen, wohl aber über die Volksparteien unter den Islamisten: die Ennahda-Partei in Tunesien oder die Muslimbrüder in Ägypten. Sie werden in den ersten Jahren der arabischen Demokratie den politischen Ton angeben. In welcher Konstellation dies geschehen wird, ist zumindest in Ägypten noch unklar, denn die Präsidentenwahlen sind dort noch nicht durchgeführt worden und im ägyptischen Militär zeigen sich starke autoritäre Beharrungskräfte, die befürchten lassen, dass es dauerhaft auf die Politik Einfluss ausüben wollen wird. Zwar ist eine Junta nach lateinamerikanischem Vorbild unwahrscheinlich, aber eine Rückkehr in die Kasernen wird wohl nur um den Preis weitgehender Amnestien für die in der Zeit Mubaraks korrumpierten Teile des Militärs zu erreichen sein. Eine solche Lösung ist nicht unwahrscheinlich, denn das Militär arrangiert sich derzeit augenscheinlich mit den Islamisten, die sich bei Protesten zurückhalten. Auch für die Islamisten gilt allerdings: Regieren können sie nur, wenn das Militär sich aus der Politik zurückzieht. Die derzeitige Allianz kann also nicht mehr als ein Zweckbündnis sein.

Für gute Beziehungen zwischen Islamisten und Militärs in Ägypten spricht, dass das Militär keineswegs eine laizistische Einrichtung ist wie die ihrer türkischen Kollegen, die sich seit Atatürk der Trennung von Staat und Religion verpflichtet sahen. Dafür aber dürfte es für demokratische Lösungen im Prinzip offener sein, als das türkische Militär dies jahrzehntelang war. Das ägyptische Militär gilt als Einrichtung des Volkes, das, anders als die Polizei, deren Führung fest in den Händen der Eliten standen, von jeher auch Aufstiegschancen für Mitglieder unterer Schichten geboten hat. Diese machen einen immer größeren Anteil an der Bevölkerung der meisten arabischen Länder aus, sieht man einmal von den Erdölmonarchien der Golfregion ab. Die Bevölkerungszahl Ägyptens hat sich in den vergangenen 40 Jahren verdoppelt.

Eine neue Mittelschicht ist entstanden, aber ihr Bevölkerungsanteil nahm wegen der hohen Geburtenrate, die vor allem bei der ärmeren Bevölkerung zu verzeichnen ist, nicht zu.

Autoritärer Staat = schwacher Sozialstaat?

Das ägyptische Militär erwies sich, anders als die militärischen Apparate Syriens oder Libyens, deren Offiziersränge bestimmten Cliquen vorbehalten waren, als Stütze in Zeiten grassierender Arbeitslosigkeit und wachsender sozialer Spannungen, ebenso wie die Islamisten. Aus der Halblegalität heraus trugen diese zur Selbstorganisation einer Zivilgesellschaft bei, die sich vom Mubarak-Regime verlassen sah. Der autoritäre Staat in Ländern wie Tunesien, Libyen und Ägypten war in sozialer Hinsicht trotz allem martialischen Gehabe ein „schwacher Staat“. Vom tunesischen Wirtschaftswunder blieb, zumindest auf dem Land, oft nicht viel mehr als gefälschte Wirtschaftsdaten. In Libyen kaschierte Gaddafis islamisch-arabischer Sozialismus trotz aller Oleannahmen nur mühsam, dass Löhne vieler Berufsgruppen oft viele Jahrzehnte lang kaum stiegen.¹ In Ägypten überließ Mubarak die städtischen Slums weitgehend sich selbst, seine Energien investierte er in prestigeträchtige Neubauprojekte am Rande der Großstädte, in die Mittel- und Oberschichten vor der fortschreitenden Proletarisierung der Innenstädte flohen. Die Muslimbruderschaft und andere Islamisten drangen in dieses Vakuum ein. Sie übernahmen einen Teil der Sozialversorgung der Elendsviertel, bauten Infrastruktur und übernahmen – mit staatlicher Duldung – die Regenschacht in der arabischen Parallelgesellschaft.² Natürlich sollte man ihre Meriten nicht überschätzen, denn sie haben längst nicht alle sozialen Netze dominiert.³

Islamisten erwiesen sich aber in der autoritären Ära als komplexe Bewegungen. Sie betrieben nicht nur Sozialpolitik, sondern waren immer auch politische Bewegungen oder gar Oppositionsparteien, die die autoritären politischen Systeme verändern wollten. Für viele Jugendliche waren sie der letzte Hort einer gewissen politischen Widerständigkeit. Allein in Ägypten gab es Zehntausende islamistische Gefängnisse. Während die säkularen Parteien – etwa die liberale ägyptische Wafd – oft eher den Eindruck von

¹ Vgl. Bensedine/Mestiri 2005.

² Vgl. Ismail 2003.

³ Vgl. Singerman 1995.

„Blockparteien“ vermittelten, die sich mit dem System arrangierten und ihre mittelständische Klientel versorgten, verkörperte der Islamismus den Mythos der politischen Radikalität. Moscheen und religiöse Versammlungen wurden zu letzten Zufluchten einer religiös fundierten Widerständigkeit gegen die ungerechte Herrschaft, die der säkulare Autoritarismus nie gänzlich beseitigen konnte, da der Islam über die höhere Legitimität im Volk verfügte.⁴ Der seit den späten 60er Jahren zunehmende Trend der Re-Islamisierung arabischer Gesellschaften, der nicht nur das islamische Kopftuch, das zwischenzeitlich aus dem Stadtbild fast verschwunden war, wiederkehren ließ, war und ist eine Reaktion auf soziale und politische Krisen.

Von der Zivilgesellschaft zur Islamgesellschaft



Weiterlesen:
M. El-Azzazi,
Islam in Ägypten
WeltTrends 44

In vielen sogenannten „weichen Autokratien“ wie Ägypten, Marokko oder Jordanien, die, anders als etwa Libyen und Syrien, seit etwa einem Jahrzehnt immetin eine gewisse Medienfreiheit und auch Bewegungsfreiheit für westliche NGOs und Wissenschaftler ermöglicht haben, hat die politische Kulturforschung ein interessantes Bild gezeichnet. Der überragende Teil der Bevölkerungen dieser Länder plädierte bereits lange vor dem Arabischen Frühling für „Demokratie“ – die Mehrheit wollte und will aber zusätzlich eine Stärkung des „Islam“.⁵ Vor den Revolutionen war unklar, in welchem Mischungsverhältnis beide Faktoren auftreten würden, ob als eher ethische Orientierung wie bei den christlich-konservativen Parteien Europas oder gar als gesetzliche (fundamentalistische) Variante einer eingeschränkten Säkularität. Erkennbar war lediglich, dass Autoritarismus als korrupte Herrschaft abgelehnt wurde und die Mehrheit der Araber keine Diktatur wie in Iran oder in Afghanistan wollte, sondern eine zwar partizipative, aber islamisch gefärbte Demokratie. Deswegen sind in den arabischen Staaten auch autoritäre Rückschläge wie in der Iranischen Revolution 1978/79, die als demokratische Bewegung begann und als totalitärer Staat endete und deren „grüne Revolution“ 2009 niedergeschlagen wurde, unwahrscheinlich, zumal der überwiegend sunnitische arabische Islamismus keine annähernd so charismatischen Führungsfiguren wie seinerzeit den schiitischen Ajatollah Khomeini hervorgebracht hat.

Während der Aufstände in Ländern wie Tunesien und Ägypten 2010/11 gelang nun eine einzigartige Entwicklung, die jahrhundertlang gefehlt hatte, was wiederum den Bestand des autoritären arabischen Staates gesichert hatte: Es kam zu lagerübergreifenden Allianzen von städtischen und ländlichen, von säkularen und islamistischen und von zivilgesellschaftlichen und parteipolitisch-oppositionellen Kräften, die gemeinsam protestierten. Den Anfang machte eine – *auch* durch neue Medien vernetzte – Zivilgesellschaft, schon bald aber folgten die Islamisten, die Parteien, die Mittelschichten. In den Sammlungsbebewegungen des Arabischen Frühlings spielte Religion zunächst keine Rolle, nirgends hörte man Parolen für einen „islamischen Staat“, sondern es dominierte das gemeinsame Ziel des Regimesturzes. Dieses Ziel hatten die Islamisten nämlich nicht alleine erreichen können, es bedurfte echter Volksbewegungen, die sich selbst dezentral organisierten und sich auf alle Teile der Bevölkerungen stützten, selbst viele Mitglieder der Oberschicht sympathisierten mit der Revolution.

Eingeschränkte Säkularität

Nach dem Regimesturz aber kam, was kommen musste: Islamistische Parteien konnten sich schneller formieren als säkulare, sie verfügten über schlagkräftige Organisationen, die über die Metropolen hinaus auch auf das Land reichten (hier übrigens haben die neuen Salafiten sogar den Muslimbrüdern einiges voraus). Bereits kurz nach dem Sturz Mubaraks waren sie in der Lage, sich im Verfassungsreferendum für die Beibehaltung der Regelung einzusetzen, wonach die Scharia, das islamische Recht, eine Quelle der ägyptischen Verfassung ist. Islamisten ernten heute die Früchte ihres jahrhundertlangen Wirkens in der arabischen Autokratie, und es ist sehr wahrscheinlich, dass sie ihre großen Mehrheiten in den neuen Parlamenten in Ägypten und Tunesien dazu nutzen werden, den Islam als eine mögliche Quelle des Rechts einzuführen oder zu erhalten und manche religiöse Regelung zum allgemeinen Gesetz zu erheben. Damit sind in nordafrikanischen Staaten wie Ägypten, Tunesien und Libyen noch lange keine Verhältnisse wie in Saudi-Arabien zu befürchten, aber es ist wahrscheinlich, dass die bisherigen Rechtsordnungen um einige Elemente der Scharia ergänzt werden. Demokratie mit eingeschränkter Säkularität – das ist der neue

⁴ Haféez 2009.

⁵ Esposito/Mogahed 2007.

Trend in Arabien. Politikwissenschaftlich betrachtet entsteht damit – neben dem türkischen Laizismus und dem indonesischen Republikanismus mit starker Stellung islamischer Parteien – eine dritte Demokratieströmung in der islamischen Welt.

In den arabischen Transformationsstaaten machen sich Islamisten, bei allen Verdiensten, auch verbeiterte Ängste zunutze. Trotz aller notwendigen Kritik an den gestützten autoritären Regimes mit ihren politischen Verbrechen war nämlich „gewöhnliche Kriminalität“ durchaus sehr begrenzt. Vielleicht war es nur ein Nebeneffekt immer korrupter werdender politischer und sozialer Ordnungen, dass Kriminalität gar nicht mehr nötig war, da die Ordnungen selbst kriminell geprägt waren. In einem verbrecherischen Regime ist Kriminalität die Regel, nicht die Ausnahme. Dennoch haben nach den Systemwechseln offensichtliche Straftaten gegen die öffentliche Ordnung wie Straßenraub und Einbrüche zugenommen. Die Verbrecherstaaten in Mega-Citys wie Kairo, in denen man in den letzten Jahrzehnten als Einheimischer oder Tourist bei Tag und bei Nacht weit weniger Angst vor Überfällen haben musste als in den Städten Süd- oder Nordamerikas, vermelden zunehmende Gewalt im Alltag. Islamisten machen sich diese Unsicherheit zunutze, indem sie einen sittenstrengen Islam als eine vermeintlich unabdingliche moralische Grundlage für eine politisch-freiheitliche Gesellschaft ins Spiel bringen. Für viele Menschen ist dies überzeugend. Der Islam und die Islamisten stellen die Kontinuität im Wandel dar, sie scheinen Sicherheit in einer Zeit der Veränderung zu suggerieren. Man muss der Tatsache Rechnung tragen, dass, bei aller zur Schau gestellten Stärke des Regimesturzes und Bereitschaft zum Widerstand gegen die Diktatur, arabische Gesellschaften zugleich zutiefst verunsichert sind: Jahrzehnte und Jahrhunderte der Diktatur streift kein Volk einfach so ab – Deutschland mit seinen zwei Diktaturen in den vergangenen 100 Jahren weiß davon ein Lied zu singen. Kein Wunder also, dass etwa die Ägypter heute in allen Umfragen drei Dinge mehrheitlich bejahen: die demokratische Revolution, das Militär und den Islam bzw. den politischen Islamismus.

Kontinuität im Wandel

Natürlich ist diese Entwicklung zwiespältig. Die Frauen Tunesiens müssen wohl nicht um ihre dort sehr fest verankerte, rechtliche

Gleichstellung fürchten. Ägyptens Frauen hingegen dürften es schwer haben, die zahlreichen Gender-Ungerechtigkeiten des ägyptischen Personenstandsrechts gegen eine islamistische Regierung, die an die soziale – nicht an die religiöse oder die politische! – Ungleichheit der Geschlechter glaubt, zu reformieren. Es steht zu befürchten, dass Frauen, wie wir dies aus vielen historischen revolutionären Prozessen kennen, nach der Revolution, in der sie gleichberechtigt gekämpft haben, zurück „ins zweite Glied“ einer patriarchalischen Gesellschaft rücken sollen. Das war in Kuba nicht anders. Man kann hier gut erkennen, dass Religion zwar als moralische Stütze in Zeiten der sozialen Krise und der politischen Unsicherheit fungiert, gelegentlich sogar als eine alternative Welt Erklärung zum Kapitalismus. An dessen materiellem Wohlstand können die wenigsten wirklich teilhaben. Religion dient als Moralhüter und antiautoritärer und sozialer Sinngelber. Die Kehrtseite religiöser Orientierungen in der Politik ist vielfach die Legitimation älterer Sozialordnungen. Sie dienen der Rechtfertigung einer Verdängung von Frauen aus dem öffentlichen Leben in Zeiten, in denen Männer um die knappen wirtschaftlichen Ressourcen kämpfen. Islamistische Politiker rufen nicht selten populistisch nach Alkoholverboten, wenn sie ihre Unfähigkeit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze kaschieren wollen. Zumindest im Bereich der religiösen Toleranz kann man allerdings den großen islamistischen Parteien wie der Ennahda oder den Muslimbrüdern wenig nachsagen. Führende Kader sind mit Nichtmuslimen besetzt, weswegen sie auch bei vielen Beobachtern im Westen mittlerweile als „moderate“ Kräfte gelten, zumindest im Vergleich zu den radikaleren Salafiten, die etwa die Kopten Ägyptens vielfach recht unvorbunden als „Ungläubige“ betrachten. Die Muslimbrüder ihrerseits begrüßen zwar eine islamische Rechtshegemonie, die sie im Widerspruch zu den allgemeinen Menschenrechten aus ihrer demokratischen Mehrheitsposition ableiten. Sie treten aber durchaus glaubhaft für einen grundlegenden religiösen Minderheitenschutz ein.

War früher alles besser?

Eine Zwischenbilanz zum Verhältnis von Demokratie und Säkularität etwa ein Jahr nach den Revolutionen in Tunesien und Ägypten ist schwierig. Zu erwarten ist, dass die neuen Parlamente in Tunis und Kairo und bald wohl auch in Tripolis



Weiterlesen:
R. Schmidt (Hrsg.),
Näher Osten
Potsdamer Textbücher 3

aus der Sicht des liberalen, freiheitlichen Rechtsstaates gelegentlich befremdliche Gesetze hervorbringen werden. Dass hieraus eine komplette Religionsdiktatur mit Bekleidungszwang wie in Iran wird, ist unwahrscheinlich. Manch emanzipierte, arabische Frau und manches Mitglied einer religiösen Minderheit wird sich an ihre bzw. seine auf Angst vor dem Islamismus begründete, frühere Skepsis gegenüber der Demokratie und dem Sturz der Regimes von Ben Ali, Gaddafi oder Mubarak erinnern. Man muss aber auch erkennen, dass die gestützten autoritären Regimes zwar einige zivile Freiheiten gewährten, andere Rechte aber mit Füßen traten: Wer seine politische Meinung sagte, konnte in den Folterkellern landen. Dies wird in einer wie auch immer begrenzten „islamischen Demokratie“ nicht mehr möglich sein dürfen. Islamisten und säkulare Kräfte müssen daher weiter gegen die beharrenden Gewalten in den Übergangsregierungen zusammenstehen.

Bei einer zu starken Verbrüderung etwa der ägyptischen Muslimbrüder mit dem Militär, das derzeit noch mit Militärgesichten gegen protestierende Bürger vorgeht, würden sie ihre antiautoritäre Glaubwürdigkeit verlieren. Eine mangelnde Bereitschaft der säkularen Opposition aber, den momentanen, in freien Wahlen ermittelten Volkswillen, anzuerkennen, der sich in einer Mehrheit für islamistische Parteien abbildet, wäre ebenso fatal. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass der „Zauber des politischen Islam“ im Laufe der Zeit verblasen wird. Dass dieser nicht den gesellschaftlichen Fortschritt erreichen können wird, den er verspricht, zumal sich auch internationale Investitionen und der Tourismus in einem liberalen Klima weitaus dynamischer entwickeln würden. Spätestens dann dürfte in einer parlamentarischen Demokratie die Stunde der Säkularen kommen, die dann hoffentlich als Parteien besser organisiert und institutionell ebenso konfliktfähig sein werden, wie sie es heute bereits im außerparlamentarischen Raum auf den Straßen Nordafrikas sind.

Vorsicht vor Klischees

Wer arabischen Gesellschaften vorwirft, Demokratie und liberale Rechtsstaatlichkeit nicht zeitgleich einzuführen, der übersieht völlig, dass dies auch in westlichen Demokratien nirgend der Fall war. Moderne Vorstellungen der Liberalität und rechtsstaatlichen Gleichberechtigung von Geschlechtern, Ethnien und

Religionen haben sich in westlichen politischen Systemen nur langsam und in Jahrhunderte dauernden Prozessen durchgesetzt. Das Frauenwahlrecht und die Rechtsgleichheit von Mann und Frau wurden erst vergleichsweise spät eingeführt, die rechtliche Gleichberechtigung des Islams etwa in Deutschland ist bis heute unvollendet geblieben. Von den jungen arabischen Demokratien zu verlangen, sie müssten sämtliche politischen Errungenschaften der liberal-demokratischen Moderne im Schnellverfahren nachvollziehen, wäre geschichtsvergesen. ☹

Literaturverzeichnis

- Bensedine, Sihem / Meititi, Omar: Despoten vor Europas Haustür. Warum der Sicherheitswahn den Extremismus schürt. Kunstmann, München 2005.
- Eposito, John L. / Mogahed, Dalia: Who Speaks for Islam? What a Billion Muslims really Think. Based on Gallup's World Poll – the Largest Study of its Kind. Gallup, New York 2007.
- Hafer, Kai: Heiliger Krieg und Demokratie. Radikalität und politischer Wandel islamisch-westlichen Vergleich. Transcript, Bielefeld 2009.
- Ismail, Salwa: Rethinking Islamist politics. I.B. Tauris, London 2003.
- Singerman, Diane: Avenues of Participation. Family, Politics, and Networks in Urban Quarters of Cairo. Princeton University Press, Princeton 1995.



„Prädemokratie“, Postdemokratie“, Autokratie“? **Zum Stand vergleichender Herrschaftsforschung**

Jahrestagung der Sektion Vergleichende Politikwissenschaft der DVPW
29.-31. März 2012 in Marburg

14 Panels zu aktuellen theoretischen und empirischen Befunden aus der vergleichenden Demokratie- und Autoritarismusforschung

Auftakt mit einer Keynote-Speech von Prof. Dr. Ute Gerhardt und Round Table mit Claudia Ritzi, Stefanie Wöhl und Thomas Demmelhuber

Anmeldung und Informationen unter: www.demokratie-autokratie.de